

Seit wann gibt es Militärsteuer? Mineralölsteuer zahlen wir auf Benzin; auf das Militär zahlen wir keine Steuer.

Der kausale Zusammenhang zwischen Steuern und Militär ist offenkundig und wird auch von den Gerichten so gesehen: ohne Steuern kein Militär.

Warum haben Sie Gewissensprobleme wegen Ihres 'Militärsteuer-Anteils'? Die Verantwortung liegt doch ausschließlich bei Regierung und Parlament?

Wer Verantwortung übernimmt, haftet. Regierung und Parlament haften aber nicht; sie können nur abgewählt werden. Die Folgen tragen immer wir BürgerInnen; also **sind wir für die Verwendung der Steuergelder mit verantwortlich.** [Gelöscht].. Wir wollen wählen können zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer, d. h. Kriegsdienst mit den Steuern muss abwählbar werden.

Kriegsdienst mit der Steuer ist doch etwas anderes als Kriegsdienst mit der Waffe!

SoldatInnen sind 'BürgerInnen in Uniform' für die Zeit des Arbeitsvertrags. Sie können immer aussteigen. Steuerzahlende sind zeitlebens 'SoldatInnen in Zivil'! Sie können nie aussteigen. Genau das wollen wir aber nach Art. 4 GG **erreichen**: Kriegssteuerungsverweigerung gleich Kriegsdienstverweigerung.

Wollen Sie die Bundeswehr abschaffen?

Nein. Wir wollen nur die Wahlmöglichkeit zwischen 'Militärsteuer' und 'Zivilsteuer'. Wenn zum Schluss alle für Zivilsteuer optieren sollten, kann uns das freilich recht sein.

Das Gewissen ist frei! (Art. 4 Grundgesetz)

Finden Sie das Militär überflüssig?

Letztendlich ja. Probleme können im Vorfeld gewaltfrei bearbeitet werden, das ist viel erfolgreicher und billiger als militärische Gewalt. Was bleiben wird ist die (internationale) Polizei.

Andere Menschen können es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, keine Armee zu haben!

Wir wollen ihnen nicht unsere Meinung überstülpen. Wer eine Armee haben möchte, wird auch für 'Militärsteuer' optieren. Wir wollen nur für Frieden zahlen. Beides ist in einer Demokratie nebeneinander möglich.

Wäre Ihre angestrebte Wahlmöglichkeit nicht eine Aushöhlung der Budgethoheit des Bundestags?

Nein. Die Gewissensfreiheit ist ein Grundrecht, die Budgethoheit nicht. Wir wollen aber nicht mitbestimmen, wofür unsere Steuern genau verwendet werden, sondern nur, dass sie nicht für das Militär ausgegeben werden.

Andere wollen vielleicht keine Steuern für Autobahnen zahlen. Da kann dann doch jeder kommen!

Wenn für unser Problem eine gute Lösung eingeführt wird, warum sollten dann nicht für andere ernsthafte Gewissensprobleme auch welche gefunden werden? Das Gewissen ist nicht beliebig. Es gibt sonst keine Bereiche, wo Steuern verwendet werden mit dem Ziel, töten zu können.

Demokratie ist der Prozess zu immer breiterer Teilhabe der Bevölkerung an politischer Verantwortung.

Wenn Sie weniger Steuern für's Militär zahlen, müssten andere mehr dafür zahlen. Ist das nicht undemokratisch?

Nein. Bisher konnten SteuerzahlerInnen noch nie über die Höhe der Ausgaben eines Haushaltes mitbestimmen. Das wird so bleiben, auch wenn wir ein Zivilsteuergesetz haben werden.

Dann kann also ein Zivilsteuergesetz die Ausgaben für das Militär gar nicht verringern?

Am Anfang nicht, nein. Was wir gewonnen hätten: Persönlich die Freiheit, die Ausbildung zum Töten etc. nicht mit finanzieren und verantworten zu müssen, und mehr Demokratie für jeden. Je mehr Menschen in unserem Sinne wählen würden, umso lauter würde die öffentliche Diskussion über den Wahnsinn von Kriegen werden, die im Ausland töten und im Inland wie Ausland Armut schaffen. Wenn nur 3% der Steuerzahlenden für die Zivilsteuer optieren, wäre das schon eine ernst zu nehmende Meinungsäußerung!

Unsere Demokratie funktioniert nur durch die Wahlen und durch Mitarbeit in politischen Parteien. Nicht durch die Hintertür, wie Sie vorschlagen!

Wir wollen eine demokratische Lösung durch die Vordertür – durch die Verabschiedung eines Zivilsteuergesetzes!

Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie!

Die einzig wehrhafte Demokratie ist eine gerechte Demokratie, die sich an die eigenen Gesetze und an das Völkerrecht hält. Da kann und muss man sich anders als militärisch wehren!

Pazifismus ist keine Feuerwehr, sondern eine Grundhaltung.

Wie hätten Sie ohne Armee Hitler vertreiben wollen?

Wenn Politik und Wirtschaft nach 1918 vernünftiger gewesen wären, hätte der 2. Weltkrieg vermieden werden können. In 1939 war es für Pazifismus zu spät. Gewaltfreie Konfliktbearbeitung setzt am Anfang eines Konfliktes an.

Wie wollen Pazifisten ohne Armee den Terrorismus besiegen?

Eine Armee kann keinen Terrorismus besiegen. Die vielen Steuergelder, die wir international für die so genannte Terrorismusbekämpfung ausgeben, wären besser für Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit verwendet. Siehe Afghanistan. Kriegsterror fördert Gewaltbereitschaft in einer Gesellschaft!

Wenn wir überall Teams für gewaltfreie Konfliktbearbeitung hinschicken – nicht auszudenken, was Pazifismus kostet!

Für das, was die Bundeswehr kostet (mehr als 33 Mrd. Euro/Jahr), könnten wir gut 100 mal so viele MediatorInnen, ÄrztInnen, LehrerInnen, IngenieurInnen und Material in alle Welt schicken.

Aber wenn das Zivilsteuergesetz durchkäme, stünde der Verwaltungsaufwand doch in keinem Verhältnis zu den wenigen Leuten, die Zivilsteuer wählen würden?

Das wurde von Fachjuristen durchgerechnet. Im Vergleich zu den Verwaltungskosten der Kirchensteuer lägen sie von Anfang an günstiger, nämlich weit unter 1% des Zivilsteueraufkommens. Bei der Kirchensteuer werden 2,5 bis 4,5% abgerechnet! Laut Gutachten von Prof. Löhr wird nur eine einmalige verwaltungstechnische Umstellung nötig.

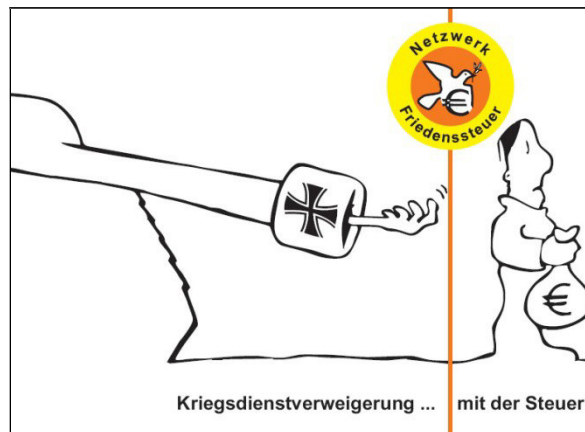
Auf unserer Internetseite können Sie ausführlicher Fragen und Antworten nachlesen:
Startseite > Politik > pro & contra

Kontakt – Adresse:
Infomaterial, Regionalgruppen, bundesweite Treffen, Arbeitskreise, Steuerverweigerung

Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Krennerweg 12
81541 München
Tel./Fax: 089 – 72 59 416
info@friedenssteuer.de

www.friedenssteuer.de

Spendenkonto:
Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Konto-Nr.: 70 016 016 00
BLZ: 430 609 67 (GLS Gemeinschaftsbank eG)
Der Verein ist gemeinnützig anerkannt.
IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS



NETZWERK

Friedenssteuer

pro & contra Zivilsteuer

Was will ein Zivilsteuergesetz?

Es will den Verteidigungshaushalt aus dem allgemeinen Haushalt herausnehmen und als Sonderfonds ('Bundesmilitärfonds') führen, der ausschließlich durch Einkommenssteuern gespeist wird. Alle Steuerzahlenden könnten im Steuerformular ankreuzen, ob der entsprechende Steueranteil in diesen Bundesmilitärfonds oder ausschließlich in den allgemeinen ('zivilen') Haushalt fließen soll. So hätten alle Steuerzahlenden die Wahl zwischen 'Militärsteuer' und 'Zivilsteuer'.

Zu diesem Thema gibt es eine Menge Fragen und Meinungen die immer wieder geäußert werden. Die meist vorkommenden präsentieren wir hier - mit unseren Antworten dazu.

KEIN GELD FÜR KRIEG